

Männer mit breiter Brust

Zu: „Greta, das Druckventil“, FR-Meinung vom 4. Dezember

Stephan Hebel kritisiert zu Recht die Art und Weise, wie Teile der öffentlichen Medien und andere öffentlich tätigen Personen mit Greta Thunberg umgehen. Es ist schon ein wenig armselig und peinlich, wenn sich erwachsene Männer an einem 16-jährigen Mädchen abarbeiten, das aufrütteln und einen Weckruf zum derzeit wichtigsten Thema in die Welt schicken will. Solches Verhalten zeugt von Arroganz und Ignoranz und einer bemerkenswerten Rückwärtsgewandtheit.

Die sich dahinter verborgene Botschaft lautet: Wie kann ein so junges, völlig unbekanntes und unbedeutendes Mädchen es wagen, uns, die wir für die weltbewegenden Themen zuständig sind und sie ausreichend behandeln, vorzuwerfen, wir hätten ein Thema, nämlich den Klimawandel, zu lange ignoriert? Selbstreflexion und die Bereitschaft, für berechtigte Kritik offen zu sein, ist Sache dieser mit breiter Brust und selbstgerechtem Habitus daherkommenden Männer nicht.

Die Aktionen und Proteste, die von Greta Thunberg angestoßen wurden, sind notwendig und richtig. Es ist wünschenswert, dass sie mit großer Vehemenz weitergehen, damit auch möglichst bald den großen Männern in Politik und Medien ein Licht aufgeht.

Nelly Böhmert, Rodenbach

Das „C“ ist zu recht weg

Zu: „SPD will Waffenexporte einschränken“, FR-Politik vom 25.11.

Zwei kurze Meldungen am 27.11 und am 28.11. zeigen wieder einmal, was unserer Regierung, und hier vor allem der CDU, die ihr „C“ zu recht verloren hat, wirklich wichtig ist.

Die SPD, die ich weiß Gott nicht in Schutz nehmen will, hat einen Vorschlag unterbreitet, die Rüstungsexporte, vor allem in Nicht-Nato-Länder, „weiter“ einzuschränken. Postwendend hat der außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, sein Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die SPD jetzt mit einem solchen Papier kommt. Wann wäre denn der richtige Zeitpunkt? Oder ist dieses Thema an sich nicht gewünscht Herr Hardt?

Einen Tag später war zu lesen, dass unsere Regierung in diesem Jahr, bis zum 19.11., Exporte von Klein- und Leichtwaffen in einem Umfang von fast 60 Millionen Euro genehmigt hat. Das entspricht einer Steigerung zum Vorjahr von 53 Prozent. Also, es geht doch. Worüber regen sich die Interessenvertreter des Waffenhandels eigentlich auf? Und was man mit diesen Waffen alles aus- oder anrichten kann. Toll! Dieter Murmann, Dietzenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Es ist endlich entschieden!

Das Ringen um die Führung der SPD ist beendet: „Das Risiko als Chance“, FR-Meinung vom 2. Dezember

Jetzt kann es nicht so weitergehen wie bisher

Nun ist es entschieden: Die SPD hat Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als ihre neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ich habe mich darüber sehr gefreut, denn jetzt geht es in der Bundespolitik nicht so weiter wie bisher. Das kann man gut aus den Reaktionen der CDU-Politiker erkennen, welche nun Angst um ihre Posten und Positionen haben.

Führende Unionspolitiker haben die SPD aufgefordert, auch unter der Führung von Esken und Walter-Borjans an der großen Koalition festzuhalten. Nachverhandlungen über den Koalitionsvertrag lehnten sie ab. Der bestehende Vertrag biete die Grundlage für die Zusammenarbeit, sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. „Die SPD müsse sich entscheiden, ob sie mit stabiler Regierungsarbeit Vertrauen bei den Wählern zurückgewinnen möchte, oder aus Angst vor Verantwortung weiter an Zustimmung verlieren will. So kann sich nur ein CSU-Politiker äußern. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass kein Vertrauen mehr von den Wählern in den beiden Parteien CDU/CSU und SPD vorhanden ist.“

Esken und Walter-Borjans hatten am Samstag schon kurz nach ihrem Sieg beim SPD-Mitgliederentscheid klargemacht, dass sie eine Reihe von Vereinbarungen aufschütten wollen. Auf dem SPD-Parteitag wollen sie inhaltliche Punkte benennen und die Delegierten darüber entscheiden lassen, „was jetzt so dringend umgesetzt wird, dass wir daran auch die Koalitionsfrage stellen“, sagte Walter-Borjans. Wilma Fischer, Eschborn

Der Mehltau der schwarzen Ideologen

Der Pragmatiker hat immer recht, ein Balsam für mich im Wundheilungsprozess „SPD-Vorstandsermittlung“! Was sind in letzter Zeit Meinungen und Gegensätze beschrieben worden! Im ARD-Nachtprogramm vom MDR werden jede Nacht Pressestimmen aus ganz Deutschland zu aktuellen Themen zitiert. Zum Thema SPD-Urwahl habe ich mich schon gefragt: Wie viel Blödsinn können Kommentato-



Bei der SPD soll mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans eine neue Zeit angebrochen sein. DPA

ren verfassen, wenn sie vorher total falsch gelegen haben? Eigentlich ist die Lage ganz einfach: Die SPD-Basis will endlich einen Politikwechsel, gerade auch in den eigenen Reihen. Sie hat entschieden, dass die alte Führung nicht fähig ist, diesen zu vollziehen. Ein Risiko ist sicher dabei, doch was hat die SPD zu verlieren? Sie hat ab Gerhard Schröder bereits die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt!

Kevin Kühnerts politische Äußerungen weisen in die richtige Richtung, ich hoffe, zusammen mit reformwilligem Personal. Fernziel muss sein, die Bundesrepublik endlich vom Mehltau der schwarzen Ideologen wenigstens zeitweise zu befreien! Leider trägt die AfD dazu bei, dass die Verschiebung des politischen Bewusstseins unserer Gesellschaft nach rechts nicht einmal mehr in der Presse wahrgenommen wird. Ich halte es für ausgekochten Blödsinn, von einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU zu reden. Die CDU hat leider ihre Wurzeln im Rheinisch-Christlich-Sozialen völlig vergessen und ist vom US-Raubtierkapitalismus infiziert!

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Schöne Geschenke auf dem Gabentisch

„Am Nikolaus ist Groko-Aus“, freuen sich schon manche Gegner der großen Koalition nach der Wahl des bekanntlich grokokritischen neuen Vorstandsduos

der SPD. Zu früh gefreut ist jedoch bald gereut. Denn Nikolaus wird insbesondere für Bundeskanzlerin Merkel ein besonderes Geschenk in seinem Sack mitführen: den Erhalt der Regierungskoalition bis zum Ende der Legislaturperiode.

Aber die SPD geht nicht leer aus, denn unter kaum einem SPD-Kanzler haben sich in der Vergangenheit sozialdemokratische Interessen derart verwirklicht lassen wie unter Angela Merkel. Es wäre aus Sicht der Sozialdemokraten geradezu töricht, auf den letzten Metern dieser ungeliebten Koalition Errungenschaften wie die Grundrente aufs Spiel zu setzen. Es bestünde die Gefahr, dass bei den kommenden Wahlen die Wählerklientel der SPD den Knecht Ruprecht geben würde. Die Union besitzt mit der Grundrente ein erhebliches Druckmittel, um die SPD bei der Stange zu halten.

Insbesondere die CDU fürchtet angesichts ihrer desaströsen Wahlergebnisse Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt wie der Teufel das Weihwasser. Eine durchaus interessante Alternative, eine Minderheitsregierung der Union, hat Kanzlerin Merkel bisher stets kategorisch ausgeschlossen. Bald ist Weihnachten und ich bin überzeugt, dass für die SPD noch ein paar schöne Geschenke der Union, wie zum Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns, auf dem Gabentisch bereitstehen werden. Alfred Kastner, Weiden

In Afghanistan sind keinerlei Fortschritte erkennbar

Nato: „... und jetzt zu China“, „Es wäre gut, die Truppen in Afghanistan zu reduzieren“ und „Berlin will verlängern“, FR-Politik vom 4. Dezember

Seit dem Beschluss des Bundestages vom 22.12.2001 zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sind mittlerweile fast 18 Jahre vergangen. Angesichts dessen müsste man diesen allein mit gesundem Menschenverstand als total gescheitert bezeichnen. Bei näherer Betrachtung ist das aber wesentlich komplizierter. Von einem Scheitern kann man genau genommen nur unter Bezug auf definierte Zielsetzungen sprechen.

Die im ersten FR-Beitrag gestellte Frage „Hat die große Nato-

Mission nichts gebracht?“ ist zwar berechtigt, müsste aber eigentlich lauten: Was war und ist denn das Ziel dieser Mission? In allen drei Redaktionsbeiträgen konnte aber keinem der befragten bzw. zitierten Politiker eine klare Antwort auf diese einfache Frage entlockt werden. Ohne definiertes Ziel wird aber der Militäreinsatz zum reinen Selbstzweck, d.h. zum dauerhaften Kriegszustand.

Eine eindeutige Bewertung des Afghanistan-Krieges erhält man nur, wenn man diesen aus

einem anderen Blickwinkel sieht. Alle 193 Mitglieder der Vereinten Nationen haben 2015 die Agenda 2030 beschlossen, mit definierten Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, die man als Messlatte heranziehen kann. Vergleicht man den heutigen Zustand Afghanistans mit dem Entwicklungszustand 2001, so sind keinerlei Fortschritte erkennbar, wenn man von den seitdem wieder blühenden Mohnfeldern mal absieht.

Afghanistan gehört auch heute noch zu den ärmsten Län-

dern der Welt, trotz der gigantischen finanziellen Ressourcen, die vor allem militärisch dort verbraten worden sind. Es ließe sich leicht vorrechnen, dass ohne ausländische Militärpräsenz mit einem Bruchteil dieser finanziellen Mittel in diesem Land ein relativer Wohlstand, eben im Sinne der UN-Nachhaltigkeitskriterien, erreicht worden wäre. Aber die Politiker-Bekanntnisse zu nachhaltiger Entwicklung im globalen Maßstab taugen eben nur für Sonntagsreden.

Karl-Heinz Peil, Frankfurt